

Anfrage der ZmB-Fraktion

Datum Vorlage: 19.04.2018 Drucksache-Nr.

Top-Nr.	Gremium	Sitzungsdatum
	Fraktion	-
	Stadtverordnetenversammlung	-

Betreff:

Anfrage der ZmB-Fraktion: E-Government-Gesetzentwurf

Anfrage:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde die Stadt Rodgau von der Landesregierung aufgefordert zum Entwurf des E-Government-Gesetzes des Landes Hessen Stellung zu nehmen?
2. Wenn ja, wann ist dies geschehen?
3. Wann hat die Stadt geantwortet?
4. Was hat die Stadt auf die Aufforderung geantwortet?

Vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pickert

weitergeleitet am / an:

20.04.2018/FD 1 - Orga

Antwort:

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Die Stadtverwaltung Rodgau wurde von der Landesregierung nicht aufgefordert zum Entwurf des E-Government-Gesetzes des Landes Hessen eine Stellungnahme abzugeben. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat dies Stellvertretend für die Kommunen übernommen und eine Stellungnahme gegenüber dem Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport abgegeben. Die Stadtverwaltung Rodgau wurde hierzu nicht einbezogen.

2. – 4. Eine Stellungnahme seitens der Stadt Rodgau ist nicht erfolgt, somit keine Antwort auf die Fragen möglich.

Jürgen Hoffmann
Bürgermeister